



Schule mit Zukunft e.V. • Neue Weinsteige 6a • 70180 Stuttgart
Aktion Humane Schule B-W e.V., Eugen-Bolz-Str. 13, 73430 Aalen

Frau Kultusministerin Prof. Dr. Marion Schick
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42
70029 Stuttgart

Freiburg, 08.06.2010

Offener Brief – zum Forum „Frühkindliche Bildung“

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Schick,

wir danken noch einmal für die Einladung zum Forum „Frühkindliche Bildung – wir schaffen gleiche Startchancen!“. Allerdings waren wir über die Art, wie hier ein durch und durch marodes Schulsystem schön geredet wurde, nicht sehr erfreut. Noch immer werden die zahlreichen empirischen Belege für die Mängel des gegliederten Schulwesens und insbesondere die Festlegung der weiteren Bildungsentwicklung schon bei zehnjährigen Kindern von der CDU nicht zur Kenntnis genommen. Ob man sich das bei einer ausgerufenen „Qualitätsoffensive Bildung“ wirklich leisten sollte – diese Frage steht nach wie vor im Raum.

Niemand will die „Einheitsschule“

Lassen Sie uns mit der (nicht neuen) Darstellung von MdL Peter Hauk beginnen: „Die Einheitsschule, die von der Opposition in unserem Land immer wieder gefordert wird, bietet allen das Gleiche, aber keinem das Richtige.“

Dies ist Demagogie und beruht auf der an den Haaren herbeigezogenen Unterstellung, irgendjemand in diesem Lande wolle die „Einheitsschule“. Es soll auch mitnichten „allen das Gleiche“ geboten werden. Vielmehr plädieren wir für individuelle Förderung im eigentlichen Sinn. Jeder einzelne Schüler steht in einer „Schule für alle“ mit seinen speziellen Bedürfnissen und Begabungen im Mittelpunkt. Das bedingt allerdings eine fundamentale Umgestaltung der Unterrichtsmethodik– ein Aspekt, den Sie leider nicht erwähnt haben. „Einheitsschulen“ bestehen allerdings heute und werden von Ihnen und der CDU verteidigt. Denn der Unterricht im gegliederten Schulwesen findet vorwiegend „im Gleichschritt“ statt, in vermeintlich

homogenen Jahrgangsklassen und unter Missachtung einer wirklichen methodischen Individualisierung.

Daher empfanden wir es als befremdlich, wie Sie den Fachvortrag von Herrn Professor Bauer in den höchsten Tönen lobten. Denn es genügt nicht, Beziehungsarbeit zutreffend als das A und O des Bildungsgeschehens zu empfehlen und sich als verantwortliche Ministerin zugleich auf politische Kosmetik zu beschränken. Was nützt etwa Ihr an die Lehrerschaft gerichteter Appell, Herrn Prof. Bauers Auffassungen zu beherzigen, wenn zugleich die Bedingungen, unter denen Lehrer arbeiten müssen, nicht wirklich verbessert werden? Lehrer zu ermahnen, Kinder nicht zu „schubladisieren“, ist Rhetorik aus Sonntagsreden. Den Lehrern bleibt auf Grund der vorhandenen schulischen Zwänge und ministeriellen Vorgaben gar nichts anderes übrig, als Kinder in Schubladen zu stecken, sei es durch die Grundschulempfehlung oder durch psychologisch und im Ergebnis fragwürdige Einstufungen in das Ziffernsystem der Noten.

Nicht schönreden, sondern handeln

Auch an anderer Stelle hörte es sich so an, als hätte die CDU begeistert schon immer die von Prof. Bauer vorgetragene Erkenntnisse der Neurobiologie in ihr bildungspolitisches Konzept aufgenommen. So sagte Prof. Bauer zum Beispiel: „Der ästhetische Bereich und Sport darf nicht zurückgefahren werden, da darf nicht gespart werden, denn das gibt Motivation auch für die anderen Fächer!“ In den letzten Jahren wurde jedoch genau in diesen Bereichen in Baden-Württemberg gespart. Im Juli vergangenen Jahres haben sich daher Kunstlehrer an den damaligen Kultusminister Rau gewandt: „In dieser Realität des Schulalltages nämlich müssen wir seit Jahren eine ständige Verschlechterung der Rahmenbedingungen hinnehmen. (...) In den Schulen aber streicht Ihr Haus seit Jahren konsequent den Kunst- und Musikunterricht in allen Schularten zusammen (...) Im Gymnasium gibt es ab der 8. Klasse bis zur Oberstufe nur noch eine Stunde BK und Musik pro Woche.“ Formaler Applaus für Herrn Professor Bauer bei faktisch konträrer Bildungspolitik – das scheint uns typisch. Auch dürfte es kaum reichen, die Aussagen von Herrn Prof. Bauer für sich zu vereinnahmen, ohne daraus sichtbare Konsequenzen zu ziehen. Das betrifft zum Beispiel auch das in ihrem Vortrag thematisierte Verhältnis Elternhaus-Schule. Auch hier verwiesen Sie auf Professor Bauer: Es gehe um Beziehungsarbeit, die, wie Sie zu Beginn Ihrer Rede formulierten, „von Herz zu Herz geht“! Gemütvolle Worte – doch sie genügen nicht. Wir fordern politische Entscheidungen, die tatsächliche und spürbare Verbesserungen für unsere Kinder und die Lehrer bedeuten!

Eltern helfen, Realität zur Kenntnis zu nehmen

Daher reicht es nicht, den Eltern ins Gewissen zu reden, um ansonsten die empirische Realität der gegenwärtigen Gesellschaft zu ignorieren. Der Appell an die Väter, sich in die Erziehung mehr einzubringen, geht über sämtliche Köpfe hinweg. Denn solange Väter in der Furcht vor Arbeitslosigkeit und im Kampf ums

ökonomische Überleben bei ständig verlängerten Arbeitszeiten ihre Kinder kaum noch zu sehen bekommen, muss Erziehung durch die Väter auf der Strecke bleiben. Den Müttern geht es kaum anders. In Baden-Württemberg sind sie zu 75 Prozent teilzeitbeschäftigt, und dies in der Regel auch nicht, weil sie sich einen Sportwagen kaufen wollen. Wir brauchen also eine gesellschaftliche Veränderung zugunsten der Familien und keine Lippenbekenntnisse. Mütter und Väter sollten die Chance auf eine individuelle Lebens- und Familienplanung erhalten! Tatsache ist jedoch, dass Familien sich den erwerbsmäßigen Zwängen der Wirtschaft unterordnen müssen, was zu Lasten der Kinder und einer vernünftigen und für alle Seiten gewinnbringenden „Beziehungsarbeit“ geht.

Besser als Appelle an Wohlverhalten und die rechte Einstellung bei Menschen, die darauf nicht reagieren können, sind politische Taten. Sie müssen zur realen Lage der Menschen in der Gegenwart passen. Dabei muss natürlich ein Gleichgewicht zwischen familiärer Erziehungsleistung und schulischer Verantwortung gefunden werden. Aber niemand fordert, dass der „Staat“ die gesamte Erziehungsarbeit zu übernehmen habe, wie Sie in Ihrer Rede unterstellen. Auch hier ziehen Sie sich zurück auf einen Buhmann, der nirgendwo existiert, weil Eltern diese Leistung vom Staat nicht fordern.

Es ist uns klar, dass die CDU in Baden-Württemberg wenig Geld für Bildung ausgeben möchte, bei gleichzeitiger möglichst schönrednerischer Vermarktung unterbliebener notwendiger Investitionen. Zwar ist richtig, dass man die Misere der Erziehung in unserer heutigen Gesellschaft nicht alleine durch Bewilligung von ein paar Tausend zusätzlichen Schulsozialarbeiterstellen lösen kann. Aber alles mehr oder weniger beim Alten zu lassen, genügt eben auch nicht. Ein internationaler Vergleich würde zeigen, dass in anderen Ländern eine Heerschar von Fachpersonal die Lehrer unterstützt und niemanden dabei die Furcht erfasst, der Staat würde alle Kinder über einen Kamm scheren und den Eltern entfremden. Vielmehr erbringen derartige zusätzliche Leistungen sehr gute Ergebnisse für die gesamte Gesellschaft. Überhaupt ist die in Ihrer Rede mehrfach anklingende negative Sicht auf den „Staat“ gänzlich unangemessen. Öffentliche Schulen in einer Demokratie sind keine Anstalten ideologischer Einheitserziehung. Das war im Dritten Reich oder in der DDR der Fall. Was wir dagegen brauchen, das sind Minister, die sich mit der sozialen Realität befassen. Und da fehlen die konkreten Hilfen für Eltern und Familien, wie der Landesvorsitzende des Deutschen Familienverbandes in Reaktion auf Ihre Rede zu Recht anmerkte. Ebenso fehlen Maßnahmen, die davon ausgehen, dass Schulen Lebens- und Erfahrungsräume für die Kinder und Jugendlichen sind. Und zwar Räume, die *faktisch* in hohem Maße an die Stelle der Familie getreten sind. Auf keinen Fall sind es Räume, in denen der „Staat“ irgendwelche Einheitsideologien durchsetzen möchte.

Endlich notwendige Maßnahmen ergreifen

Als Resümee aus unserer Sicht möchten wir Folgendes sagen. Sehr geehrte Frau Ministerin: Sie kämpfen gegen einen Buhmann, den vermutlich nicht einmal die



Landesregierung ernst nimmt, und es fehlt Ihnen an realistischer Sicht der Fakten! Was wir dagegen bräuchten, das wäre eine Regierung, die in der Lage ist, sich auf die Notwendigkeiten der Zeit einzustellen und endlich die auf der Hand liegenden Änderungen durchzuführen. Was wir von Ihnen gehört haben, entspricht dem leider in keiner Weise. Bildung ist in zunehmendem Maße der entscheidende Faktor für eine zukunftsfähige Gesellschaft, und gerade in Anbetracht der demographischen Entwicklung wäre es geboten, endlich das Ruder herumzuwerfen. Nicht nur im Interesse künftiger Generationen, sondern auch der Gesellschaft im Ganzen müssen dringend notwendige Veränderungen endlich stattfinden, wenn Baden-Württemberg (und Deutschland im Gesamten) den Anschluss nicht verlieren will. Wir wünschen Ihnen und der Landesregierung, dass Sie die Erkenntnisse und Äußerungen von Fachleuten wie Prof. Bauer nicht nur öffentlich loben, sondern endlich auch in die Tat umsetzen. Dann wäre Ihnen unser aller Beifall sicher.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Hoja

Vorsitzende Schule mit Zukunft
Petra Hoja

Hans-Peter Waldrich

1. Vorsitzender Aktion humane Schule
Dr. Hans-Peter Waldrich